

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

87 (20.4.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt, wird abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Beilagen: Stern und Blumen. Einmal wöchentlich: das illustrierte gasförmige Unterhaltungsblatt "Stern und Blumen". Zweimal wöchentlich: das vierteljährliche Unterhaltungsblatt "Blätter für den Familiensitz".</p>	<p>Anzeigen: Die sechsspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg., Restamen 60 Pfg. Kollagen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittlungsstellen an. Reaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: F. Theodor Weber; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz W. H. H. für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich für Anzeigen und Restamen: Hermann Wähler in Karlsruhe.</p>	

Ueber Grundzüge, die ein Abgeordneter haben muß.

machte der Abgeordnete Fehrenbach in einer Zentrumsversammlung in Freiburg sehr beachtenswerte und vor allem zeitgemäße Ausführungen. Wir entnehmen darüber den Bericht der „Freib. Tagespost“ folgendes. Fehrenbach führte anlässlich der Besprechung der nicht ganz einwandfreien Agitation gegen das Vermögenssteuergesetz aus:

Bei einer solchen Frage, die zum Gegenstand großer Interessen gemacht wird, die zum Kampfbereich, möchte ich beinahe sagen, erhoben worden ist, da ist es vielleicht nicht unangebracht, wenn man zur Einleitung der Besprechung solcher Fragen einige fundamentale Sätze voranschickt und in dieser Beziehung mich ich sagen, für den Politiker und speziell für den Abgeordneten müssen folgende zwei Grundzüge maßgebend sein:

Erstens er muß für alle wirklich begründeten Beschwerden ein offenes Ohr und Auge haben und den guten Willen haben, die Beschwerden zu beseitigen. Zweitens aber, er darf nur etwas bestimmtes versprechen, was er auch absolut bestimmt halten kann. Meine Herren! Gegen den letzten Grundzug sind zweifellos im Parteileben schwere Verstöße begangen worden und man hat namentlich in der Zeit der allgemeinen direkten Wahlen ab und zu den Eindruck, als ob eine freiwildige Agitation in einzelnen Fragen, entsetzlich, nicht um hernach das, was man versprochen hat, auch tatsächlich einzuhalten. Und von anderen hat, auch tatsächlich einzuhalten. Und von anderen hat, auch tatsächlich einzuhalten.

Meine Herren! Ich denke da an die Agitation, die vor dem Landtage 1907/08, und ich spreche das ruhig aus, von liberaler Seite gegen die Vorlage wegen der Aufbesserung der Beamtengehälter in der Handlung des Abgeordneten hat man mit einer Lebhaftigkeit jene Vorlage verdonnert, die mit dem tatsächlichen Verhalten nachher im Landtage in einem trafen Widerspruch gestanden hat. Es ist allerdings richtig, daß die Regierungsvorlage in wesentlichen Punkten verbessert worden ist, aber doch nicht in dem Umfang, daß die Regierungsvorlage jenes absolute Verdict verdient hätte, das sie damals von liberaler Seite gefunden hat. Und ich muß gestehen, daß ich und viele andere Politiker im Lande sich des Eindruckes nicht haben erwehren können, als ob jene heftige Agitation mehr aus Parteirücksichten als im sachlichen Interesse geheißen sei.

Meine Herren! Es ist mir vielleicht bei dem Antrag gestattet, auf einen Vorgang zu verweisen, der mir selbst passiert ist bei der Eröffnung der Wahlbewegung des Landtages 1905/06, wo meine Darstellung, wie es scheint und wie vielfach in unseren Parteikreisen angenommen wird, eine ungünstige Wirkung erzielt hat. Ich habe damals in einer Wahlversammlung (gemeint ist eine Wählerversammlung im

Dönnelersaal im Stühlinger. D. Red.) ausgesprochen: Ich sei der Ueberzeugung, daß im nächsten Landtag 1905/06 an eine generelle Beamtengehälterverbesserung nicht zu denken sei. Ich habe als Beweis angerufen den verstorbenen Minister Buchenberger. Ich habe darauf hingewiesen, daß an eine allgemeine Beamtengehälterverbesserung nicht gedacht werden könne solange nicht das Vermögenssteuergesetz erabschiedet sei, und da dieses erst 1905 zur Verabschiedung stand, war für jeden verständigen Menschen die Erledigung der Gehaltserhöhung erst 1907/08 zu erwarten. Ich habe damals gesagt, 1905 ist nur zu erwarten die Aufbesserung der Lehrergehälter und die Tagelöhne der Arbeiter.

Meine Herren! Es ist zweifellos Tatsache, daß aus diesen Ausführungen, die ich damals gemacht habe, in gegnerischen Zeitungen mir der Vorwurf der Beamtenfeindschaft, der Feindschaft gegen die Beamtengehälterverbesserung gemacht worden ist, obgleich in diesen Ausführungen nicht das Mindeste in dieser Richtung enthalten gewesen ist. Man ist zweifellos damals damit kreben gegangen und hat mit diesen meinen Ausführungen auch Erfolge erzielt. Was war das Resultat? Ich habe Recht behalten, wie jeder verständige Mensch vor der Wahlkampagne 1905 sich an den Fingern abzählen konnte. Es ist in jenem Landtag nichts weiter geschehen und zur Beamtengehälterverbesserung kam es erst 1907/08. Was es verstandlich, mir Vorwürfe zu machen, vor es verstandlich, wegen dieser meiner Ausführungen sich in das gegnerische Lager zu begeben? Ist es nicht korrekt vom Abgeordneten und vom damaligen Kandidaten, das zu sagen, was nach seiner Ueberzeugung Gegenstand der Beratungen sein werde und nichts zu versprechen, was er nicht versprechen kann? Ich möchte für meine Person wünschen, daß nie ein Zentrumsabgeordneter betroffen wird, der etwas versprochen hat, was er nicht zu halten im Stande ist. Es ist immer besser, mehr zu leisten, als vorher zu versprechen. Ich bin der Meinung, daß diese Versprechungen eine Verleumdung einer intelligenten Wählerschaft sind; sie hätte das Recht, sich so etwas zu verbitten. Mit solchen Versprechungen, die über das Maß hinausgehen von dem, was man halten kann, kann man Kinder betören, aber keine intelligente Wählerschaft. Ich bin der Meinung, man soll bei der Auffstellung des Abgeordneten den Mann nach Herz und Nieren prüfen, ob er im Stande ist, die Interessen des Volkes zu vertreten. Aber dem 9mal Geschieben könne man Vertrauen entgegenbringen; er hat Anspruch darauf, wenn er ein Abgeordneter sein soll. Gebundenheit für einen Abgeordneten halte ich für unangehörig. Der Abgeordnete muß Augen und Ohren offen und den festen Willen haben, Mängel zu beseitigen. Das Volk muß Vertrauen zu ihm haben, daß er dazu bereit ist. Was würden wir von einem Richter denken, der eine Entscheidung treffen würde, bevor er die Tatsachen nach allen Seiten sich gehörig hat vortragen lassen, bevor er die Verurteilung erheben hätte? Man würde mit Achselzucken zu ihm hinsehen. Glauben Sie, daß die Angelegenheiten, die im Landtage zur Entscheidung kommen, nicht vielleicht noch schwerere sind als richterliche Entscheidungen? Doch zu richtiger Entscheidung

im Landtage nicht eine Menge von Material statistischer Begründung erforderlich ist, um daraufhin ein maßgebendes Urteil sich zu bilden? Glauben Sie denn, daß das ein richtiger Abgeordneter ist, der auf agitatorische Reden verfallt, ohne irgendwie ein Material zur Verfügung zu haben? So wenig dürfen Sie einem Abgeordneten, der in dieser Art vorgehen würde, vertrauen.

Das sind allgemeine Bemerkungen, die mit Rücksicht auf den Gegenstand, der uns beschäftigt, vielleicht nicht ganz unangebracht waren.

Deutschland.

Berlin, 20. April 1909.

Zur Reichsfinanzreform. Der erste deutsche Beamtenkongress, der gestern in Berlin tagte, nahm eine Resolution an, in der ein baldiger Abschluß der Reichsfinanzreform unter entsprechender Heranziehung des Reiches gefordert wurde. — Staatsminister Hülshof betonte gestern im Landtage zu Gero, daß die Reichsfinanzreform infolge des Druckes der öffentlichen Meinung zustande kommen werde. Das ist ja wohl zu hoffen!

Die Tränen dementiert! Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt offiziös: „Die „Germania“ hat sich unter dem 14. d. M. eine aberne Erzählung über die Reichsfinanzreform vor dem Kaiser verlesen lassen, von der unrichtigsten Seite mit dem Befügen bekräftigen lassen, daß Kaiser Wilhelm wie ein Schloßhund gehulst habe. In deutschen Wäldern ist diese Kränkung der „Germania“ bereits nach Gebühr gewürdigt worden. Da ausländische Zeitungen auf die Angaben der „Germania“ herein gefallen sind, wollen wir ausdrücklich feststellen, daß es sich um ganz gewöhnlichen Schwindelei handelt.“ Dieses Dementi kommt wieder einmal reichlich spät und richtig wie jedesmal in der Wodara in ähnlichen Fällen gegen ein Zentrumblatt. Das ist eine Unrichtigkeit der Offiziösen der Wodara; tatsächlich stammt die Tränenmeldung aus einem Wodblatt und wurde von der „Germania“ nur in anderer Form bestätigt. Im übrigen wird offiziös so oft die Unwahrheit geschrieben, daß offiziöse Dementis meist allgemeinen Mißtrauen begegnen. Nirgends bestätigt sich wie hier das Sprichwort, daß wer einmal lügt, selbst dann, wenn er die Wahrheit sagt, keinen Glauben findet.

Die „Straßburger Post“ bemerkt zu dem nervösen Dementi der „Nordd. Allg. Ztg.“: „Für diese Konart wird man zwar im Interesse des Ansehens der Presse dem Regierungsbüro kein Verfall spenden können. Aber die Verfertigung von Dementis und die „Germania“ hat, indem sie im politischen Kampf unkontrollierbare Waffen gebrauchte, auch gegen das Ansehen der Presse gesündigt.“

Wir neigen zu der Ansicht, daß eben auch der Herr Reichsfinanzminister nach so vielen Bedenkenfällen des Lebens, die er frühlich mitgemacht hat, nicht mehr das wünschenswerte Ansehen besitzt. Er kann zu viel! Der Zweck des „Volks“ im Reichstag wird von der freisinnigen „Königsberger Sargungszeitung“ (Nr. 142 Abendausgabe) in sehr offe-

herziger Weise verraten, indem sie schreibt: „Für den Liberalismus ist der Bloß niemals etwas anderes gewesen als eine taktische Situation, als ein Zweckverband zur Erreichung liberaler Zugeständnisse, als ein Mittel, dem seit 20 Jahren im Schatten kämpfenden Liberalismus eine größere Bedeutung zu verschaffen. Man muß es, wenn man rücksicht und die Jahre der Bloßpolitik mußt, den liberalen Parteien nachsagen, daß sie aus der Situation herausgeholt haben, was herauszubolen war.“

Kaiserreisen. In der „Straßb. Post“ lesen wir: „In den letzten Tagen ist durch die Presse die Mitteilung gegangen, der Kaiser habe für dieses Jahr seine Frühlingsreise nach Urvolle aufgegeben. In Berliner unterrichteten Kreisen ist davon nichts bekannt. Der Kaiser liebt es auch nicht, daß über seine Reisepläne vorzeitige Meldungen in die Presse gelangen, er ist daher auch seiner Umgebung gegenüber in Mitteilungen sehr zurückhaltend. Nach den bisherigen Dispositionen war geplant, daß der Aufenthalt auf Korfu etwa bis zum 10. Mai dauern und dann die Rückfahrt nach Deutschland angetreten werden soll. Welche Absichten der Kaiser dann weiter für den Mai hat, darüber ist man in Berlin nicht unterrichtet.“

Ausland.

Italien.

X Italien Leidtragender in der Türkei. Dem „Aus. Vaterland“ wird aus Rom geschrieben: Die gesamte italienische Presse stimmt Magalieder an über den Wechsel, der sich in der Türkei vollzogen hat. Und sie hat auch allen Grund dazu: die italienischen Politiker hatten sich mit dem jungtürkischen Komitee „Einheit und Fortschritt“ so stark engagiert, daß sein Sturz auch ihnen den schwersten Schlag verleiht hat. Das erst vor einigen Wochen gegründete italienisch-türkische Handelskomitee bestand ausschließlich aus hervorragenden Mitgliedern des Komitees, an der Spitze der Kammerpräsident Adame Niza. Auf die Freundschaft der Jungtürken haben die italienischen Wirtschaftspolitiker ihre Balkanbahnpläne gegründet. Das soll nun alles dahin sein. Man will es gar nicht glauben. Besonders die radikalen Freimaurer-Organen sind ganz aus dem Häuschen, sie warnen gegen die „Sanatiker der Reaktion“ und sprechen die Erwartung aus, daß das Komitee seinen Einfluß wieder erlinge. So, es taucht bereits der Plan auf, die 5000 Caribaldianer, welche in Serbien gegen Oesterreich kämpfen wollten, aber überflüssig geworden sind über Lesbos nach Saloniki zu schicken, damit sie für das Komitee kämpfen sollen. Einer solchen Einmischung in die Wirren eines anderen Landes sind nur die radikalen Stämme Italiens fähig. Die Förderung der Herrschaft des Komitees durch finanzielle Beistuer der italienischen Kaufleute in der Levante ist ja bekannt. Alle diese Gelder werden jetzt als verloren erachtet.

Balkanstaaten.

X König Karol von Rumänien feiert heute (20. April) seinen 70. Geburtstag. Heute weiß König Karol, weiß Rumänien, weiß die Welt — so schreibt die „Karlsruher Ztg.“ zum Jubelstunde des

Kirchliche Nachrichten.

Rom, 19. April. Beim heutigen Empfang der katholischen Pilger Frankreichs in der Peterskirche hielt der Papst eine Ansprache, in der er den Pilgern für ihre Treue und Anhänglichkeit dankte, auf die Zugenden der Jungfrau von Orleans hinwies. Er sagte: Religion und Vaterlandsliebe seien immer identisch, Vaterlandsliebe und Katholizität hätten stets dieselben Interessen. Die Katholiken in Frankreich seien die einzigen aufrichtigen Freunde des Vaterlandes, das die immer am besten verdient hätten.

Die „Wolfsz.“ schreibt: Die Ansprache des Papstes beim heutigen Empfang der französischen Pilger in der St. Peterskirche machte einen tiefen Eindruck wegen des energiegelassen Tones, in welchem Pius X. die französischen Katholiken auf ihre Pflichten gegenüber Religion und Vaterland hinwies. Jeder Angriff gegen die Kirche in Frankreich ist ein Verbrechen gegen Frankreich selbst. Der heilige Stuhl wünsche eine Einigung der französischen Katholiken auf dem gemeinsamen, über alle Parteien liegenden Gebiete der treuen und tätigen Liebe zu Kirche und Vaterland.

Freiburg. Im Kloster zu Offenburg ist nach längerer Krankheit, gottgegeben und versehen die ehro. Frau Maria Karoline Kollerfrath, 64 Jahre alt, gestorben. Sie hinterließ die Ehefrau des kürzlich verstorbenen Reichsrats und des gleichfalls schon verstorbenen Pfarrers Kollefrath von Wühl. — Im Frauenkloster Maria Theresia

so hat der Monarch in einer Instruktion am Hofkapitelschloß Pölsch bei Sinaia, der Sommerresidenz der königlichen Familie, sein Leben selbst kurz gekennzeichnet. Seine wirtschaftlichen und staatsmännlichen Erfolge haben schon oft berede Gerölde weit über die Grenzen Rumäniens gefunden. Die Erfüllung der hohen Aufgabe, die er sich gestellt hatte, war ihm indessen nur möglich, weil er sich von vornherein in den Besitz der Machtmittel setzte, die sein Wirken nach außen und innen hin schützen und das Ergründete erfolgreich verteidigen konnten. So schuf König Carol ein tüchtiges Heer, das heute berufen ist, im Südosten Europas ein kräftiges und entscheidendes Wort mitzusprechen. In einem lobenden bei E. S. Mittler u. Sohn, Berlin, erscheinenden Buche

„Die Rumänische Armee“ gibt der Major im Generalstab des 16. Armeekorps F. v. Hammerstein-Gesmold eine ausführliche Darstellung der großen Reformarbeit, die der Vorkriegsminister, seitdem die rumänischen Lande betrat, durchgeführt hat, und zeigt, zu welcher ansehnlicher Höhe der Monarch die Wehrkraft seines Landes emporzuheben verstanden hat.

Im Jahre 1866, als der damalige Prinz von Hohenzollern die Fürstentümer Moldan und Wallachei, an permanenten Truppen nur vorzubehalten 7 Regimenter Infanterie zu zwei Bataillonen, 3 Jägerbataillone, 1 Disziplinarkompagnie, 2 Männenregimenter, 1 Artillerieregiment zu sechs Batterien und 1 Genie-bataillon. Dazu kamen noch aktive Miliztruppen, sodas der gesamte Stand der Armee alles in allem 43000 Mann zählte. Das Heeresbudget bewegte sich in dem kleinen Rahmen von 14 1/2 Millionen Franken. Die Bewaffnung war äußerst unzulänglich, in dem Arsenal lagen weder Patronen noch Pulver; Unterfunk und Lazarettwesen waren ungenügend, Befehlsgängen und Eisenbahnen, die notwendigen strategischen Hilfsmittel, fehlten vollständig. Der Soldat war undiszipliniert und wenig geadtet; das Offizierskorps, von Parteigeiz und Eifersüchteleien hinsichtlich der Beförderung durchsetzt, war mehr im Salon wie auf dem Felde zuhause. Schon am Tage seiner Ankunft im Lande, als der Fürst zum ersten male rumänische Truppen sah, sagte er zu den begleitenden Ministern: „Wenn ich erst das Heer in die eigene Hand nehme, muß das bald ein anderes Aussehen bekommen.“

In der Absicht, dem Heerwesen eine wirksame und moderne Reorganisation zu geben, wandte Fürst Carol sehr zweckmäßig jenem Lande seine Kräfte zu, das selbst kurz vorher eine gründliche Umwandlung seiner kriegerischen Verfassung durchgemacht und in zwei siegreichen

Feldzügen erprobt hatte, dem aufsteigenden Militärstaate Preußen. Mit der Vorgesichte und der Durchführung der von König Wilhelm I. geschaffenen Reorganisation war Fürst Carol, der zu den Intimen des Berliner Hofes gehört hatte, aus seiner preussischen Dienstzeit gründlich vertraut. Im Jahre 1867 legte er dem Parlament ein neues Wehrgesetz nach preussischem Vorbilde vor, durch das die Armee in den Stand gesetzt werden sollte, die wehrfähige Bevölkerung des Landes intensiver zum Militärdienst heranzuziehen und sie zu einem kriegsbrauchbaren Instrument umzuformen. König Wilhelm von Preußen stellte seinem Helfer in Rumänien den diesem gut bekannten Oberleutnant v. Krenki zur Mit Hilfe am Ausbau der Armeeorganisation zur Verfügung; der Generalstabchef v. Wolke hatte ihn besonders empfohlen, und v. Krenki wurde dem Fürsten bald eine wertvolle Stütze. Dem Nationalstolz des Landes Rechnung tragend, nahm aber der Fürst, als v. Krenki im Jahre 1869 wieder nach Berlin zurückkehrte, die Hilfe der Ausländer in militärischen Dingen möglichst wenig in Anspruch. Nur die Veranbarung von Offizieren zu fremden, lang bestehenden Armeen unterstützte der Fürst. Der Ausbildung seiner Armee widmete Fürst Carol von Anfang an sich mit ganz besonderem Interesse. Er wußte den inneren Kitt der Armee und auch die Ergebenheit gegen seine Person als oberster Kriegsherr herbeizuführen. Nachhaltig unterstützt wurde er hierbei von dem äußerst tüchtigen und energischen Kriegsminister Mano. Schon nach zehn Jahren war das Heer auf eine Stufe gebracht worden, die es befähigte, als beachtenswerter und sehr wirksamer Faktor in die Kriegsgeschichte der Jahre 1877 und 1878 einzugreifen.

Als damals aus mannigfachen politischen Komplikationen der kriegerische Zusammenstoß des russischen und des türkischen Reiches erfolgte, stellte auch Rumänien seine Armee unter Waffen, teilte um sich vor allen

schlies aus dem Hohenzollernhaus —, daß er die
jüngere Arbeit, die er 1866 übernommen hat, an
deren Lösung er 1871 verzweifeln wollte, wahrhaftig,
trotz alledem und alledem durchgeführt hat. Er sieht
die Dynastie bereichert, geliebt, gesichert. Er sieht die
einige so heillos zerrütteten Finanzen des Landes ge-
sunder; an den europäischen Werten gelten die rumä-
nischen Papiere als die sichersten aller Balkanwerte.
Er sieht sein Land im Besitze eines Vertrauens und
Ansehens, dessen sich kein zweiter Balkanstaat rühmen
kann. Ein Netz von Eisenbahnen, das persönliche
Wert des Königs, das er durch tausend Schwierig-
keiten hindurchgeführt hat, erschließt das Land, das
den Verkehr des großen Ueberlandweges nach Indien
auf sich zu lenken verstanden hat. Die Industrie ist
in Rumänien eingezogen, die Donau nahe ihrer
Mündung durch eine Eisenbrücke gebändigt, vom
Sofen von Constanza aus geht ein trefflicher
rumänischer Schnellfahrerdienst. Bildung und
Untericht haben sich entwickelt; das Schloß des
Königsstaates und sein berühmter Landsitz zu Sinaja
sind weit geehrte Stätten des Geschmacks und der
Kultur geworden.

Der deutsche Kronprinz ist gestern in Bukarest
eingetroffen.

Holland.
KAC. Der 1. Mai. Die städtischen Arbeiter in
Gravenhage haben an den Gemeinderat das
Ergehen gerichtet, ihnen den 1. Mai als poli-
tischen Feiertag gewähren zu wollen. Der
Gemeinderat erklärte sich damit einverstanden, in-
sofern sich die Arbeiter diesen Tag von ihren Sommer-
feiertagen kürzen ließen. Die Folge davon war,
daß nur 31 von den 2026 Arbeitern den 1. Mai als
politischen Feiertag betrachteten.

Frankreich.
Internationale Konferenz gegen die Verbreitung
unwürdiger Schiffe. Bekanntlich hat Frankreich die
Abhaltung einer internationalen Konferenz angeregt, die
über Maßnahmen gegen die Verbreitung des Schmutzes
in Wort und Bild beraten soll; und Deutschland hat
sich sofort zur Teilnahme an dem Plane gegeben. Wie
nun mitgeteilt wird, soll die Konferenz im Herbst d. J.
in Paris stattfinden.

Der Erzbischof und die streikenden Arbeiter.
Der Erzbischof von Albi, Monseigneur Rignot, hat
den streikenden Wollwebern in Mazamet
500 Francs gesandt. Der konservative Deputierte
Meille sagte ihnen eine Unterstützung von 12000 Fr. zu.

Wien.
Resolution in Venedig. Aus Lärz wird ge-
meldet: Die Lage wird mit jedem Tage kritischer. Die
Protestanten der Stadt reichen noch vier Tage. Sattar
Rhan weigert sich, von seinen Vorgesetzten an die hungernde
Bevölkerung abzugeben. Die Väterchen sind geschlossen.
Die Verhandlungen der Friedenspartei mit Adin ed
Daulich sind ohne Resultat verlaufen. Die Siboi ge-
stehen den Umständen nicht, Lärz zu verlassen. Die
Konsularpost, die einzige Verbindung mit Ausland, liegt
unabgehandelt da, weil es an Postgefahrten fehlt.

Die Revolution in der Türkei.

Auf dem Marsch nach Konstantinopel.
Generalstabeschef Jazet ist jedoch von Sademfoi
zurückgekehrt, wo er gar nicht angenommen wurde.
Der Aufmarsch bei Schatalticha vollzieht sich mit
großer Eile, ohne jede Störung. Die Ver-
proviantierung der Truppen durch reichliche Vieh-
zufuhr aus Bulgarien ist gesichert. Unter den 1200
Mann, die derzeit zwischen Keschow, Tschelidie und
Daud Pascha stehen, befinden sich nicht weniger als
500 Offiziere. Eine Kompanie Freiwilliger unter
Führung Nijis ist bereits in San Stefano auf dem
Vormarsch nach Konstantinopel eingetroffen. Eine
10 Regimentsstärke verdrängt unterwegs auf die
Freiwilligen einzuwirken, wurden aber sofort er-
schossen.

Das „Echo de Paris“ meldet aus Konstantinopel:
Bis jetzt sind mehrere 7 Bataillone in Schatalticha
eingetroffen. Vier weitere Militärsätze sind in
Monastir in der Bildung begriffen, drei in Saloniki.
Insgesamt befinden sich 40 Bataillone auf dem
Marsch gegen Konstantinopel. Die Artillerie mar-
schiert über Veres und umgeht das Plateau von
Strandja, um wahrscheinlich bei Maslak, 10 Kilo-

meter von Pera, zu münden. Die Saloniker Trup-
pen führen 6 Abteilungen Maschinengewehre und
ein Bataillon Schnellfeuergeschütze mit sich. Am
heutigen Morgen sind mindestens 30 000 Mann auf
dem Marsch gegen die Hauptstadt. In Konstanti-
nopol sind keine Vorkehrungen getroffen. Mehrere
Kajernen sind gänzlich verlassen, vor ihren Türen
steht kein Wächterposten. Es ist unabweislich, daß
Konstantinopeler Truppen irgendwelchen Widerstand
leisten werden.

Ein aus Saloniki abgegangener Militärzug be-
gegnete auf der Station Tschertkof einem Konstan-
tinopeler Sonderzug. Die Bistation des Zuges er-
gab, daß die im Zuge befindlichen zwei Generale,
zwei Abgeordnete und zwei Niemas die Mission
hätten, die Bevölkerung von Adrianopel und Saloniki
der neuen Regierung geneigt zu machen. Alle wur-
den verhaftet.

Die Garnison von Konstantinopel.

Es zeigt sich immer mehr, wie sehr das Gardeforps
demoralisiert und unfähig zum Widerstande ist. Man
glaubt deshalb nicht, daß die Armeelieferung in Kon-
stantinopel es wagen wird, mit diesen Truppen den
Kampf gegen die Saloniker aufzunehmen. Die
jungtürkischen Offiziere sind aufs tiefe gegen den
Sultan erbittert, da er seinen Eid auf die Verfassung
nicht formell, aber doch tatsächlich gebrochen
und dadurch die Offiziere ihres Ehres entbunden hat.
Der Sultan und seine Raibeger sind gänzlich ratlos.

Die türkischen Wähler melden, daß sich seit dem
18. d. die Mannschaften der Konstantinopeler Garni-
son unterworfen und die Erziehungsbegonnen haben.
Die jungtürkische Komitee hat den türkischen
Wählern offiziell mitgeteilt, daß der Sitz des Komitees
nach Wazedonien verlegt worden sei und daß
Konstantinopeler Komitee niemand ermächtigt habe,
etwas zu unterzeichnen. Dies bezieht sich auf die
Unterzeichnung der gemeldeten Proklamation der
neugebildeten „ottomanischen Union“. „Geni Gozeta“
erfolgte das das jungtürkische Zentralkomitee
an den Sultan telegraphiert, daß es keine Verletzung
der Verfassung bilden werde.

Die Lage.

In Konstantinopel herrscht gestern Ruhe. Die
Truppen sind noch nicht einmarchiert. Doch weist
alles darauf hin, daß das jungtürkische
Komitee Herr der Situation ist und der
Einmarsch in kürzester Frist erfolgt. Die „Frankf.
Ztg.“ schreibt:

Sachverständige militärische Beurteiler sind voll An-
erkennung für die organisatorischen und militärischen
Leistungen der Jungtürken, die in erstaunlich kurzer Zeit
eine Truppenmacht, die wahrscheinlich jetzt schon 30 000
Mann beträgt, in einem gelungenen strategischen Auf-
marsch vor Konstantinopel versammelt, das Diszi-
plin vollkommen aufrecht erhalten und sogar die Verpfle-
gung der Truppen vollkommen geordnet haben. Die poli-
tische Intelligenz, das Pressebestehen und die militä-
rische Leistungsfähigkeit ist bei den Jungtürken und nur
bei diesen; auf der andern Seite herrscht Stumpfheit
und Ohnmacht. Gerade deshalb wird erwartet, daß sich
die militärische Vorkriegsstellung der Hauptstadt durch die
Jungtürken ohne Kampf, wahrscheinlich sogar ohne Blut-
vergießen vollziehen wird, und aufgrund der heute vor-
liegenden Berichte nimmt man in den europäischen
Hauptstädten auch an, daß abgesehen von einzelnen mög-
lichen Ausweichungen gegen Armenier Leben und Eigen-
tum der Christen und Fremden durch die neueste Um-
wälzung nicht gefährdet sind, so daß diese Umwälzung von
den Mächten vorläufig als eine innere Angelegenheit der
Türkei betrachtet werden kann.

Die Jungtürken werden Mache nehmen an den Ue-
berern und Vorgesetzten der Revolte der vorigen Woche.
Es ist anzunehmen, daß sie vor dem Sultan nicht Halt
machen werden, und die Regierungstage Abdul Hamids
dürften gesamt sein. Man muß auch damit rechnen, daß
nach orientalischem Brauch damit gleichzeitig seine Lebens-
tage gezählt sind, denn nach mehreren Aeußerungen aus
jungtürkischer Quelle scheint man in ihm den Urheber
des Stambuler Aufstandes und in diesem trotz aller gegen-
seitigen Versicherungen ein geplantes Attentat gegen die
Verfassung zu erblicken.

Der Sultan.

In Konstantinopel geben bereits Gerüchte, wonach
der Sultan abgedankt habe oder gestochen sei. Ein
Zeichen der Stimmung!
Der „New York Herald“ meldet aus Konstantinopel:
Seit Donnerstag ist Prinz Reischad Effendi,
der Bruder des Sultans und Thronerbe, aus seinem

von 1885 bis 1889 aktiv angehöret. Er zeigte von früh
als ausgebrochene Neigung zum Soldatenberufe und gilt
als befähigter und energischer General; er hat alle
Stufen des rumänischen Heeres durchgemacht und ist seit
1903 kommandierender General des 2. Armeekorps in
Bukarest und Generalinspektor der Kavallerie.

Theater und Kunst.

Das 6. Künstlerkongress der Direktion Hans
Schmidt, das am Samstagabend im Museumsaal
stattfand, war in jeder Beziehung hoch interessant. Der
Vortrag der Quartette der Barockischen Vereinigung aus
Berlin (Doppelquartett) war vollendet, die Stimmen
geradezu plastisch ausgefallen, versmolzen sich zu
schönster reiner Harmonie, der Vortrag klar, durch-
geistigt und von feiner Nuancierung, entbehrte auch der
Mienenspielung nicht und das Piano war von so duftiger
Zartheit und doch von so festem Gepräge. „Das Echo“
gehörte zu den Glanznummern des reich ausgestatteten
Programmes, verschiedene Nummern mußten wiederholt
und am Schluß noch eine Freigabe geleistet werden.
Diese Doppelquartette sind das Beste, was nach
dieser Richtung des Gesanges seit langer Zeit geboten
wurde, die Sängerinnen und Sänger wurden stets leb-
haft applaudiert, bedauerlich war nur der schwache Verlauf,
aber das kunstliebende Publikum, das die lange Saison
hindurch mit Konzerten geradezu überschwemmt wurde,
ist eben längst fongertüme geworden und zieht, zum
größten Teile fongertüme die Abendrische des heißen
dampfen Konzertsale vor.

Konzert des Großh. Hoforchesters. Wir weisen
an dieser Stelle nochmals darauf hin, daß die Haupt-
probe zu dem am Mittwoch, den 21. April, abends
halb 8 Uhr, stattfindenden Konzert des Großh. Hof-
orchesters im Hoftheater vormittags 11 Uhr beginnt.
Die Soli in der 9. Sinfonie von Beethoven haben,
wie schon bekannt gegeben, freundlichst übernommen:
Frau Olga Kallenetz, Sopranfängerin Fräulein
Margaretha Brunisch, Sopranfänger Herr Hermann
Radlauer, Kammerfänger Herr Max Wittner. Der
Schlußchor in der 9. Sinfonie wird ausgeführt von
geladenen Damen und Herren, die sich ersuchen-
weise äußerst zahlreich zur Mitwirkung an dem her-
lichen Werk bereit zu haben.

Palast verschwunden. Einem Bericht zufolge hat sich
der Thronfolger nach Tschatalidcha geflüchtet, wo sich
die Führer der Jungtürken befinden.

Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, erhielt die
Kommission von 30 Deputierten, die als Parliamen-
täre nach Tschatalidcha gingen, folgende Antwort:
Die Truppen in Konstantinopel müssen die Waffen
niederlegen und die Stadt verlassen. Die jungtürki-
schen Truppen werden in Konstantinopel einmar-
schieren und den Sultan nach dem Parlament führen,
wo er den Eid auf die Konstitution ablegen muß.
Dies gilt als das Mindestmaß der jungtürkischen
Forderungen.

Eine Massenflucht der Fremden

hat in Konstantinopel begonnen, doch ist die Abreise
mit der Eisenbahn infolge der Truppenansammlungen
fast unmöglich. Infolge dessen werden die Schiffe
geradezu gestürmt. Die Konsulate werden von
Angehörigen um die Herbeijagung von Kriegs-
schiffen bestürmt.

Die Grenz in Kleinasien.

Die Unruhen in Adana haben aufgehört, doch
dauern Meuten in Tarsus fort. Ein Teil von
Tarsis liegt in Mache. Auch in Alexandrette dauern
die Unruhen an. Drei türkische Panzerschiffe sind
auf dem Wege nach Mesina.

Der englische Konsul hat Truppen landen lassen,
um Verfolgungen der Christen in den Bezirken von
Adana und Tarsis zu verhindern. Der amerikanische
Konsul konnte nicht mehr von Mesina nach Adana
vordringen und mußte ohne Nachfrist aus letzterer
Stadt. In der Umgebung von Alexandrette sind
zahlreiche armenische Dörfer zerstört worden.

Had Paris, 19. April. Hier hält man es für
sicher, daß Sini Pascha wieder Großvezir wird und
daß die Jungtürken ihre Rückkehr nach Konstanti-
nopol ohne blutige Mache vollziehen werden.

Had Berlin, 19. April. Bei der Direktion der
Deutschen Orientbank ist folgendes Telegramm aus
Konstantinopel eingetroffen: Die Stadt ist weiterhin
ganz ruhig. Erwartet Abschluß der Krise
innerhalb drei Tagen ohne große Zu-
sammenstöße mit Erfolg der Jung-
türken.

Had Konstantinopel, 19. April. Der
russische Kreuzer „Terek“ hat am Freitag
abend den Bosporus passiert. Sein Ziel
ist der Piräus. Wie es heißt, haben zwei Mächte bei
der Porte um die Erlaubnis nachgesucht, ein zweites
Stationschiff für die türkischen Kreuzer zu halten,
wie es anlässlich der Armenier-Unruhen der Fall
gewesen ist.

Had Pizzo, 19. April. Das Panzerschiff
„Gorizia“ hat Proviand an Bord genommen und
wird nach dem Piräus abgehen. Der Kreuzer „Nules
Ferry“ mit dem Admiral Pivoet an Bord ist heute
morgen nach der Türkei abgegangen.

Baden.

Karlsruhe, 20. April 1909.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich
gnädig bewegen gelassen, dem Selbstfürst A. D. Jandl
Hundertpfund in Karlsruhe die kleine goldene Ver-
dientenmedaille zu verleihen.
Die Übertragung einer Hilfskreuzerfahne bei der
Kaiserl. Oberpostdirektion, bisher an den Postinspek-
tor Brand in Konstanz und einer Hilfskreuzerfahne bei der
Kaiserl. Oberpostdirektion Konstanz an den Postinspek-
tor Schilling in Bruchsal mit Wirkung vom 1. April d. J.
hat die Hochlandbesetzungsbehörde erhalten.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großherzoglichen
Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten wurden die
nachgenannten charakterisierten Hofsekretäre mit Wirkung
vom 1. April d. J. etamäßig angestellt: Alfred Wuhl aus
Karlsruhe beim Hofamt I in Mannheim, Friedrich Storch
aus Schweigen beim Hofamt in Pforzheim, Gustav
Arnold aus Hirschheim beim Hofamt in Ettlingen,
Heinrich Baumhart aus Schoepfheim und Adolf Herbst-
reit aus Orlowier beim Hofamt in Freiburg, Karl
Schwarz aus Nach beim Hofamt in Offenburg, Gustav
Vogel aus Hornberg beim Hofamt in Bruchsal, sowie
der charakterisierte Telegraphenbetriebsrat Jakob Eilber
aus Zaltan beim Telegraphenamt in Mannheim.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großherzoglichen
Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten wurden nach-
genannte Ober-Postpraktikanten mit Wirkung vom 1. April
dieses Jahres angestellt: Karl Hirn aus Rehl und Emil
Kerzoth aus Karlsruhe bei der Kaiserl. Ober-Postdirektion
in Karlsruhe, sowie Valentin Gries aus Mannheim und
Alfred Wesle aus Straßburg bei der Kaiserl. Ober-Post-
direktion in Konstanz.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts
hat die Hilfsgerichtsrichter Friedrich Walter beim Amts-
gericht Bommersdorf und Joseph Wohl beim Amtsgericht
Koboldzell zu Gerichtspräsidenten bei diesen Gerichten ernannt.

Ueber die Reichsfinanzreform

sagte Abg. Fehrenbach in seiner Freiburger Rede u. a.:
„Als Beschäftigter hat die Regierung die Nachsch-
steuer in Aussicht genommen, das ist die Steuer auf
den ungeteilten Nachsch, wie er dem Erlasser über-
geht auf die Erben. In dieser Form gilt sie bereits
aber als abgelehnt. Die Entwicklung tendiert viel-
mehr nach der Richtung einer Ausdehnung der 1906
eingeführten Erbschaftsteuer. Die ausgedehnten
Gegner derselben sind im Norden der Bund der Land-
wirte und die Deutsche Vereinigung, die in Rhein-
land und Westfalen Elemente gegen das Zentrum
sammelt. Der Behauptung, eine solche Steuer störe
den Familieninn, kann wohl niemand im Ernst be-
pflichten. Eher zu begreifen ist der von agitatorischer
Seite erhobene Einwand, der immobilen Besitz werde
von dieser Steuer schwerer erfaßt als der mobile, weil
letzterer sich leichter der Verteuerung entziehen kann.
Diese Steuer hat aber den Vorzug, daß sie jederzeit
weiter ausgebaut werden kann.“

An dieser Erbschaftsteuer aus dem Wege zu gehen,
hat man schon verschiedene Auswege gesucht. Beson-
ders plane man eine Abwälzung an die Bundes-
staaten, wie der bekannte Antrag Camp beweist. Das
würde aber den finanziellen Ruin der kleineren Bun-
desstaaten außer Preußen bedeuten.

Den endgültigen Gang dieser Fragen voranzu-
setzen, ist bis jetzt nicht möglich. Aber eine so große
Finanzreform, welche das ganze Volk nicht unerheb-
lich belastet, hätte auch nur durchgeführt werden sollen
unter Beistand aller politischen Parteien. Ein Ab-
heben mit dem Volk allein war von vornherein sehr
gefährlich wegen seiner färglichen Weisheit. Diesen
Bedanken vertrat auch der Staatssekretär des Reichs-
schatzamtes. Daß das Zentrum zu einer christlichen
Mitwirkung immer bereit war, mußten auch Mitglieder

der Reichspartei zugeben. Das beweist auch der von
ihm ausgegangene Antrag Jandl. „Trotzdem dieser
Antrag eine große Mehrheit gefunden hätte, trat das
merkwürdige Ereignis ein, daß der Reichskanzler die
Annahme zu verhindern suchte. Es trat eine Unter-
brechung von acht Tagen ein. Die damals auf dieses
Ereignis folgenden Auseinandersetzungen des Reichs-
kanzlers mit den süddeutschen Finanzministern, die
in der Frage der finanziellen Selbständigkeit starres
Nüchtern brauchten, brachten Bismarck aber eine volle
Niederlage. Es folgte in Berlin das Gespräch,
der Reichskanzler habe geäußert, er sei erstamnt dar-
über, daß die süddeutschen Minister so kräftige Wörter
ihm gegenüber gefunden hätten. Unter lebhafter
Anteilnahme auch des badiischen Finanzministers
Sonnell unter der Führung des bayer. Finanz-
ministers ist der vom Kanzler geäußerte Kompro-
miss, der sich im Antrag Camp äußert, von allen
Seiten abgelehnt worden.“

Wie wird es nun gehen nach Otmern? Das Zen-
trum ist auch jetzt noch trotz der verchiedenen
Affronten unter Wahrung seiner Ehre bereit, an der
großen Aufgabe der Regelung unserer Reichsfinanzen
mitzuarbeiten. Aber nur im Interesse unseres Vater-
landes, nicht wie verschiedentlich behauptet wird, nur
bei Anspornung des Kanzlers. Nicht Bismarck zu lieb
oder zu leid, sondern im Interesse des Reiches.“

Entschuldigungsverfuche.

Es ist heute auch der Nationalliberalen nicht mehr
zweifelhaft, daß Herr Landgerichtspräsident Hibel in
Freiburg besser daran getan hätte, seine Ättate gegen
Harrer Karl vom Diakonistenhaus nicht zu reiten.
Der von nationalliberalen Führer Dr. Oßfischer
approbierte Mitt ist böss ausgefallen für die National-
liberalen. In der „Straßb. Post“ macht ein Mit-
arbeiter noch einen letzten schändlichen Versuch,
etwas zu retten. Er schreibt u. a. (Straßb. Post
Nr. 421):
„Wenn getadelt wird, daß die Stellung des Harrers
Karl als Diakonistenhausparace in unheimlicher Weise in
die Debatte gezogen worden sei, so muß daran erinnert
werden, daß das Diakonistenhaus in Freiburg eine
Schöpfung des evangelischen Bundes ist, der vom Zen-
trum mit bitterstem Haß verfolgt wird. Die Angehörig-
keit zum Bund, dessen Angehöriger Karl ist, hat er nun
ganz nicht gerade verleugnet, aber doch bestritten — in
den Augen des Zentrums. Daß das bei den Laien
von liberalen Männern, die dem evangelischen Bund an-
gehören — man vergesse manchmal, daß nicht bloß
Harrer zum Bund gehören — die bittersten Empfindun-
gen auslösen mußte, ist doch menschlich recht ver-
ständlich und einfaßlich bei einem und anderen harten
Ausdruck volkhaft. Die richtige Antwort auf das Auftreten
des Harrers Karl ist von zwei Seiten erfolgt: die Zen-
trumspresse hat es mit Jubel begrüßt und läßt seinen
Tag vergehen, ohne es zu verteidigen und zu unterstützen.
Wer aber glaubt, daß das Zentrum jemals ein anderes
Ziel verfolgt hat, als seine politischen und kirchlichen
Gegner — und dazu gehören doch wohl die Protestanten
— niederzuringen bis zur völligen Vernichtung, der geht
mit einer Augenbinde durch die Welt und sollte in poli-
tischen Dingen nicht mitreden dürfen. Zum zweiten
hat in diesen Tagen die kirchlich-liberale Vereinigung
über Harrer Karl ihr Urteil gesprochen in der richtigen
Erkenntnis, daß mit dem politischen der kirchliche Bismarck
sich nicht mehr fällt. Und nicht nur der kirchliche Bismarck,
sondern in gewissem Sinn der Protestantismus
selbst.“

Es folgen noch einige abgedruckte Sprüche über
Gewissensfreiheit und „Ultramontanismus“, die für
jeden Unterrichtsverleser wertlos und lediglich objektive
Verleumdungen sind. Wundern muß man sich,
mit welcher — wir müssen das Wort brauchen —
Verlogenheit in liberalen Blättern stets behauptet
wird, das Zentrum suche die Protestanten nieder-
zurücken bis zu völliger Vernichtung. Der Beweis
fehlt stets, denn es ist unmöglich, ihn zu erbringen.
Dagegen hat diese erlogene Behauptung Stimmungs-
wert; sie scheint geeignet, Katholiken und Protes-
tanten so zu verheizen, daß daraus die Na-
tionalliberalen Gewinn ziehen. Und man hält
es in nationalliberalen Kreisen fortwährend für an-
gebracht, solche Stimmungsversuche zu befehlen. Wä-
derlich ist die Behauptung, der evangelische Bund werde
vom Zentrum mit bitterstem Haß verfolgt. Jeder-
man weiß, daß die Sache direkt umgekehrt ist. Wir
brauchen nur an die Reichstagsauflösung 1906 zu er-
innern, die durch Organe des Dasses gegen das Zen-
trum heraufbeschworen war, und der evangelische
Bund hatte dabei Feiertag und er ist es auch, der erst
in den letzten Tagen wieder den Haß gegen das Zen-
trum über die Reichsnotwendigkeiten stellte und die
höchsten Gesichtspunkt bei der Reichsfinanzreform die
Aufscheidung des Zentrums bezeugte. Insofern ist
auch das Geständnis, daß Tausende von liberalen
Männern dem evangelischen Bund angehören, recht
bemerkenswert. Diese Männer scheinen sich heute
zu scheiden in solche, denen die religiösen Interessen
höher stehen als die politischen und solche, welche
die nationalliberale Partei höher stellt, als ihre reli-
giös-religiösen Interessen.

Sehr interessant ist die Behauptung, daß mit dem
politischen Liberalismus in gewissem Sinn der Protes-
tantismus selbst fällt. Wir wollen darauf jene
antworten lassen, welche es angeht. Was sagen dazu
die konfessionellen Protestanten? Aber man denke sich
einmal diese Behauptung als Schlagwort in den
politischen Kampf geworden, was wäre die Folge?
Es müßte jeder Protestant liberal wählen, un-
gefehr aber auch dürfte ein Katholik liberal wählen,
weil der rein konfessionelle Gedanke bei den Wählern
der Hauptgesichtspunkt würde. Schärfer ist es noch
zu hervorzuhellen, daß der Nationalliberalismus
unter Umständen auch nicht davon zurückzureden, eine
rein konfessionelle Parole anzugeben, und sich als
den Schlichter der Interessen des Protestantismus aus-
zugeben. Ob er es wirklich tun wird, ist die Frage,
denn es könnte für ihn selbst außerordentlich gefähr-
lich werden. Die Nationalität muß aber groß sein,
wenn solche Stimmen laut werden können.

Ueber den Zusammentritt der Generalynode

der evangelischen protestantischen Landeskirche teilt die
„Straßb. Post“ mit:
„Der Tag für den Zusammentritt der Generalynode ist
noch nicht genau bestimmt, jedoch steht er fest, daß
sie im Juni zusammenzutreten wird. Dagegen hat der Ober-
kirchenrat die Wahlen für die Generalynode nunmehr aus-
geschrieben und die Besatzung, die als Wahlkommissionäre für die
Wahlen der geistlichen Abgeordneten tätig zu sein
ernannt. Die Wahl der geistlichen Abgeordneten werden am
5. und 6. Mai stattfinden. Zur Wahl der weltlichen Abge-
ordneten sind zunächst durch die Kirchengemeinden die Wahl-
männer zu wählen, wobei der 3. Mai scheint die so ge-
richtigen Wahlen der weltlichen Abgeordneten durch die ge-
richtigen Wahlmänner ist der 30. Mai anberaumt. Für
die Wahlen sind die Besatzung der Wahlbezirke als Wahl-

Tommiere bestell. Es ist kein Wunder, daß diese Wahlen bei einem so veralteten und unbedeutenden Wahlrecht festlich Interessierten beim Publikum eintreiben. Freilich zu begrüssen ist es deshalb, daß die Liberalen bei der nächsten Generalversammlung einen Antrag auf Abschaffung und Modernisierung des Wahlverfahrens einbringen werden. Die Liberalen gäben in der letzten Generalversammlung unter 56 Mitglieder 31 Anhänger und hoffen in der nächsten Generalversammlung in gleicher Stärke wiederzutreten.

In Konstanz
werden nun sicher neben den anderen Kandidaturen auch eine nationalliberale und eine demokratische aufgestellt. Die Demokraten haben, wie die „N. Konst. Abendz.“ Nr. 104 mitteilt, daß Weneby als Kandidat aufgestellt sei. Die von den Demokraten dargebotene, aber von den Nationalliberalen zurückgewiesene Hand habe sich nun zur Faust geballt zu einem offenen loyalen Kampf.

Kleine badische Chronik.

a. Bretten, 14. April. Unter größten Schmerzen, trotz fortwährender ärztlicher Hilfe, starb gestern nacht der etwa 60 Jahre alte Metzger und Landwirt Hippes von denachardensprantal. Wippes griff, um sich der ihm qualmenden Leibschmerzen zu wehren, aus Unvorsichtigkeit nach einem flüchtigen Laugenessenz, das sich neben einem mit angelegtem Magenflüß befand, und nahm in der Meinung, es sei das flüchtige, einen kräftigen Schluck. Der Verstorbenen hat der Selbige 1870-71 gegen Frankreich mitgemacht. Seiner Familie mündet sich als eine Teilnahme zu. Heute vormittag begab sich das hiesige Gericht, Amtsgericht an Ort und Stelle, um eine gerichtliche Untersuchung vorzunehmen.

St. Gallen, 20. April. Bei der gestern hier stattgehabten Bürgerauswahl für die Klasse der Niederbesteuerten verteilten sich die Wähler in die Hälfte auf die Liste desentrums und der Sozialdemokratie. Bemerkenswert ist, daß die Führer der Genossenschaft und Schneider durchgefallen sind. Es ist das ähnlich wie an anderen Orten, wo die Genossenschaftler, wenn sie nicht gerade durchfallen, doch aber die zum Sieg erforderliche übertriebene Stimmzahl erreichen.

Worheim, 19. April. Bei der städtischen Wahl wurden im März d. J. eingelegt 577 254 1/2 Mark und zurückbezahlt 493 182 1/2 Mark. — Der in Feuerkatastrophe durch den Brand zerstörte hiesige Fabrikant Grottel hat sich hierher ausgeliefert. Wobere Fabrikant Grottel hat sich hierher ausgeliefert. Wobere Fabrikant Grottel hat sich hierher ausgeliefert.

St. Gallen, 19. April. Das 2 1/2 Jahre alte Kind des Landwirts Josef Hof IV. ist gestorben und in ein Becken mit heissem Wasser und verbrühte sich daran, daß es heute morgen nach kurzem Leben starb.

St. Gallen, 19. April. Der bei der städtischen Wahl am 19. März 1909 abgewählte Herr Hof IV. ist gestorben und in ein Becken mit heissem Wasser und verbrühte sich daran, daß es heute morgen nach kurzem Leben starb.

Die Beratung des Voranschlags für 1909

wurde am Samstag nachmittags nach vierstündiger Verhandlung erledigt. Diese Beratung gibt jeweils Anlaß, alle möglichen und unmöglichen Wünsche und Beschwerden anzubringen. Am Voranschlag selbst wurde keine wesentliche Veränderung vorgenommen. Die Umlage wurde, wie im Vorjahre, mit 28 Pf. genehmigt. Dabei kam aber wiederholt zum Ausdruck, daß im nächsten Jahre die Umlage mindestens um 3 Pf. steigen werde. Auf alle Eingelassenen der ausgeschiedenen Debatten eingegangen, ist hier nicht der Platz. Einzelnes wollen wir hervorheben. In der Spezialberatung über den Voranschlag der Volksschulen befürwortete der sozialdemokratische Stadtvorsteher die Abschaffung der Abschaffung des Melitonsunterrichts. Nur der Stadtvorsteher Aug. Bergmann erwiderte darauf kurz und bestimmt. Es machte einen sonderbaren Eindruck, daß von „grünen Köpfen“ kein Sterbenswörtchen zu dieser Forderung fiel, obwohl man sonst bereitwillig auf alle möglichen Stellen eingegangen. Im schroffen Gegensatz stand dieses Schweigen zu der heftigen Art, die Herr Reule seinen Standpunkt verteilte, hat auf uns einen sehr sympathischen Eindruck gemacht. Wir hätten nur gewünscht, daß auch noch andere, die wohl der gleichen Ansicht waren, wie Herr Reule, sich ihm angeschlossen hätten. Daß er allein diesen Erfolg erzielte, so hat er doch auch keine Widerlage erlitten, denn seine Gründe und Beweisführungen für das Verbleiben dieser Gruppe an einer Schule wurden von keiner Seite widerlegt, auch nicht vom Herrn Oberbürgermeister; es waren recht fadenförmige Ausführungen, die man in dieser unangenehmen Lage gegen Herrn Reule brauchen. Man mußte nichts besseres gegen Herrn Reule und seine Anschauungen vorzubringen, als daß man ihn mit Vorwürfen und deplatzierten Weisheiten überhäufte, weil er es wagte, gegen den Stachel der omnipotenten Mehrheit zu lösen. Sehr bezeichnend für die Benützung der Situation ist es, daß Stadtv. Müller Grn. Reule und seine etwaigen Gesinnungsgenossen auforderte, zu ihrem Teil dazu beizutragen, daß das Publikum seine Ansichten äußere, mit anderen Worten, dem Stadtrat beistimme. Die Herren Stadtväter mögen das doch lieber gleich durchdringlich verstehen, was das Publikum von der Durchführung solcher Denkmäler an einem „Reule“ zu halten hat. Stadtv. Müller hat auf die „Reule“ der Bevölkerung“ gewandt, die aufseiten des Stadtrats stehen. Ob das der Wahrheit entspricht, bleibt völlig belanglos; denn eine Stadtvaterverwaltung, die mit öffentlichen Mitteln ein solches Denkmal errichtet, das für einen großen Teil der Bevölkerung, die nun einmal an dieser Ansicht ist, wie ein Faustschlag ins Gesicht wirkt, eine solche Stadtvaterverwaltung verliert die Pflicht der Gerechtigkeit. Als die Sozialdemokraten eine Unterbrechung der Rede erzielten nach dem Genen. Schlemm verlangten, da erklärte der Oberbürgermeister sofort, daß sich dadurch

die Arbeitgeber verhalten können. Da nimmt man also eine Minderheit die gebührende Rücksicht. Wenn sich aber um die subjektiven Annahmen des Stadtrats handelt, da gelten solche Rücksichten nicht, da hat die Bevölkerung sich einfach anzupassen. Und wenn es dann einer Nacht zu protestieren, dann hat man Entgegenkommen: „Wir sind erkrankt...“ Herr Reule hat vergessen, daß die Minderheit zwar die Umlagen mitzubehalten, im übrigen aber sich zu fügen hat. Am ausgiebigsten mochten wohl die Sozialdemokraten von ihrem Rechte Gebrauch, Beschwerden und Wünsche anzubringen. So liefen sie Sturm gegen das städtische Krankenhaus und namentlich gegen den Stadtdirektor, den sie am liebsten gleich pensioniert hätten. Einen energischen Angriff richteten sie auch gegen die Unterführungen, die die Stadt den Vereinen ihrer Arbeiter und Angehörigen zu kommen läßt. Man konnte sich nicht vorstellen, daß das auch der Weid eine Rolle nicht verhehlen, daß die Unterführungen der freien Gewerkschaften zu kommen sollte; auf der anderen Seite des Hauses waren die Genossen aber anderer Ansicht. Sie sprachen von gelben Gewerkschaften, von Verbänden, die nur Stimpfgeld leisten; wenn das Geld den freien Gewerkschaften zukäme, würde es viel besser zum Wohle der Arbeiterschaft verwendet. Das war doch eine verunglückte Beweisführung. Der Voranschlag wurde schließlich einstimmig angenommen.

Lokales.

Karlsruhe, 20. April 1909.
Und dem Hofbericht. Der Großherzog muß sich nach seiner Erkrankung für die nächste Zeit noch einige Schonung auferlegen. Höflichkeitsbesuche hat aber die regelmäßigen Porträts wieder entgegengenommen und hierzu im Laufe des Tages dem Staatsminister Dr. Freyherrn v. Dülke, die Geheimräte Dr. Freiherrn von Babo und Dr. Nicolai, sowie den Legationsrat Dr. Eych eingepfanden.

Der Hof zu Hohenlohe Langenburg ist zum Besuch der Großherzogin Luise hier eingetroffen und im Großherzoglichen Schloß abgeblieben.

Am Weichen Sonntag betrug die Zahl der Erstkommunikanten in der St. Stephan: 70 Knaben und 84 Mädchen; zur. 100, in der Pfarrei Unserer Lieben Frau: 102 Knaben und 110 Mädchen, zur. 212; in der Pfarrei St. Bernhard: 90 Knaben und 93 Mädchen, zusammen 194; in der Pfarrei St. Marien: 41 Knaben und 59 Mädchen, zur. 100; in der Pfarrei St. Peter und Paul: 48 Knaben und 49 Mädchen, zur. 97. In allen fünf katholischen Pfarzen der Stadt sind es zusammen 788 Erstkommunikanten.

Eine Kundgebung hat auf dem Rathaus stattgefunden, weil der Stadtvorsteher Reule die Anerkennungswürde hat, gegen den Strom zu schwimmen und ein Wort gegen die Ringergruppe an der Goethestraße zu sagen. Wir sprechen von Anerkennungswürde, denn wie der Verlauf der Debatte zeigte, hat jeder, der bezüglich des zurzeit in Karlsruhe Mode gewordenen, geschmacklosen Exzibitionismus des Nackten anderer Ansicht ist, die schwersten und beleidigendsten Angriffe zu gewärtigen. So auch hier. Herr Reule wollte sprach im Namen vieler, die weder an Antiklerikalismus noch an Antisemitismus noch an sonstiger Bildung hinter jenen zurückbleiben, welche auf dem Rathaus, das übrigens eine ganz und gar nicht den würdigen Verhältnissen entsprechende Vertretung der Bevölkerung aufzuweisen hat, zusätzlich oder aufgrund eines veralteten Gemeindefreiwortrechts die große Masse bilden. Herr Reule sprach auch im Namen von Männern und Frauen, welche ihrer persönlichen Überzeugung nach den verschiedensten religiösen und politischen Anschauungen huldigen und den verschiedensten Ständen angehören. Diese Anschauungen müßten mindestens beachtet werden, insbesondere von einem Gemeindevorstand. Das war und ist hier nicht der Fall. Im Gegenteil! Obwohl man weiß, daß viele unheilvolle Strafe erlitten haben, eine solche Fülle der Kunst, wie sie in Karlsruhe Mode geworden ist durch eine Anstellung des Nackten, für verwerflich zu halten, tut man in den maßgebenden Kreisen in den letzten Jahren, als ob es überhaupt keine andere Kunst gebe, als die Kunst des Nackten. Man die Sache noch so weit hergeleitet, noch so wenig dem Volkverständnis angepaßt, noch so unpopulär und akademisch, noch so gemist und phantastisch sein — wenn es nur nackte Darstellungen sind, dann finden sie die Billigung der maßgebenden Kreise der Kunststadt Karlsruhe; denn wer sich nicht gegen das Nackte in der Kunst an sich — sondern gegen die Ausstellung des Nackten, gegen die Haltung nackter Figuren in der Öffentlichkeit wehrt, der ist ein Kunstbanane. Und der Stadtvorsteher Reule kommt und beweist sein Kunstverständnis, indem er die Mehrheit zitiert. Wir brauchen zum Standpunkt der Herren vom Rathaus nichts weiter zu sagen: für jeden, der ein feineres Gefühl hat, genügt es, daß Will ohne Widerspruch behauptete konnte, die auf dem Rathaus in Kunstfragen maßgebenden Herren handelten in diesen Kunstfragen im Einverständnis mit der großen — und daher kunstverständigen — Masse. Die Masse ist ja stets der beste Richter in Kunstangelegenheiten, weshalb auch Schiller sagt: „Woh! Stimmensmehrheit ist des Nacktes Probe.“

Wird es nicht zu vermeiden, wenn wir werden dann nur nackte Darstellungen sind, dann finden sie die Billigung der maßgebenden Kreise der Kunststadt Karlsruhe; denn wer sich nicht gegen das Nackte in der Kunst an sich — sondern gegen die Ausstellung des Nackten, gegen die Haltung nackter Figuren in der Öffentlichkeit wehrt, der ist ein Kunstbanane. Und der Stadtvorsteher Reule kommt und beweist sein Kunstverständnis, indem er die Mehrheit zitiert. Wir brauchen zum Standpunkt der Herren vom Rathaus nichts weiter zu sagen: für jeden, der ein feineres Gefühl hat, genügt es, daß Will ohne Widerspruch behauptete konnte, die auf dem Rathaus in Kunstfragen maßgebenden Herren handelten in diesen Kunstfragen im Einverständnis mit der großen — und daher kunstverständigen — Masse. Die Masse ist ja stets der beste Richter in Kunstangelegenheiten, weshalb auch Schiller sagt: „Woh! Stimmensmehrheit ist des Nacktes Probe.“

Protektionen gegen die Tabaksteuer. Im „Balmgarten“ fand gestern Abend eine Versammlung von christlichen Tabakarbeitern statt, um zur Reichstagsreform, insbesondere zur weiteren Befreiung des Tabaks Stellung zu nehmen. Gewerkschaftsleiter Wolf-Kreuzer hielt einen instruktiven Vortrag über die bisherigen Versuche, den Tabak zu steuern. Nach dem 81 Mitglieder des deutschen Tabakvereins umgefallen und erklärt haben, daß noch 40 Millionen aus dem Tabak zu holen seien, sei die Gefahr sehr groß. Wenn die Zigarettensteuer kommen — man habe noch keine volle Gewißheit, daß sie nicht komme — müsse der Zigarettenfabrikant die 8 Pf. Zigarette billiger liefern als die 7 Pf. Zigarette. Um dabei noch etwas zu verdienen, werde der Fabrikant zu Mitteln greifen müssen, die den Arbeiter schwer schädigen. Die Kleinrentner müßten ihr Kapital erhöhen. Da sie das aber nicht können, müßten sie den Betrieb einschränken. Die 81 umgefallenen Fabrikanten seien Großindustrielle, die hoffen, beim Rückgang der Kleinrentner zu profitieren. Redner verwies dann auf die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Tabakindustrie, die noch mehr verschlechtert werden durch eine Besteuerung. In der Diskussion wies Arbeiterleiter Eisenlauf nach, daß die Tabakarbeiter, die zunächst in Reich und anderen Orten sich für die Zigarettensteuer auszusprechen haben, dem einheimischen Tabakfabrikant schwer schaden, weil durch die Zigarettensteuer die Zigarettenindustrie zurückgehe, was sich einbürgere der Markenspezifität den einheimischen Tabak verdränge. Jener Beschluß sei mehr aus politischen als aus wirtschaftlichen Motiven hervorgegangen. Weil sich einzelne Abgeordnete festgelegt haben, seien die Bauern dazu mißbraucht worden, jenen ihre Stellungnahme zu erleichtern. Bauer-Karlstraße sagte: Es sei bezeichnend gewesen, als im Reichstag einige Abgeordnete sagten: Wenn die Konservativen bei der Rückkehr

stener nachgeben, so müssen wir die Tabaksteuer bewilligen. Unseres Wissens hat dies der Volksparteier Storz gesagt. Eigenartig wiederlegte sodann die Anschauung, als ob die Zigarettensteuer die Industrie gefördert habe. In kurzer Zeit seien nach Einführung der Steuer, trotz höheren Lohnes, 88 kleine Unternehmer von der Bildfläche verschwunden. Schließlich wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die heute, den 19. April, stattfindende öffentliche Versammlung erklärt sich gegen jede steuerliche Mehrbelastung des Tabaks. Eine jede steuerliche Mehrbelastung, welche sie wie sie wolle, durch die Industrie treffen und zu Arbeiterentlassungen führen. Dies wäre für die Tabakarbeiter, die die schlechtesten bezahlten Industriearbeiter sind, eine Vernichtung ihrer Existenz, ein Verstoß ihrer einzigen Erwerbsquelle. Die heutige Versammlung erhebt den hohen Reichstag im Interesse der tausenden von armen Arbeitern, die Tabakarbeiter ablesen zu wollen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Erziehung des Reiches zu wahren, die Erziehung tausender geopferten muß.“

Stadtpark-Konzerte. Von Mittwoch den 21. d. an werden im Stadtpark wieder die üblichen Werktagskonzerte abgehalten werden. Beginn derselben bis auf weiteres nachmittags 4 Uhr.

Ein großer militärischer Leichenkondukt bewegte sich gestern mittag 1 Uhr nach dem Bahnhof, Abteilungscommandeur beim Artillerieregiment Nr. 14, Oberstleutnant v. Bauer, der am Freitag infolge eines Schlaganfalls im Alter von 51 Jahren plötzlich gestorben war, wurde mit großen militärischen Ehren zum Bahnhof überführt, von wo die Leiche nach Basel überführt wird. Außer großen Bekleidungen des Regiments zu Pferde und zu Fuß war auch das gesamte Offizierskorps der hiesigen Garnison im Zuge der Leiche, der Artilleriecommandeur St. Barbara gab mit seiner Fahne dem Dahingegangenen das Geleit zum Bahnhof. Oberstleutnant v. Bauer war seit 8 Jahren Commandeur der 2. Abteilung des Artillerieregiments Nr. 14.

Der Kohlenverein Karlsruhe hat, um nicht mit einem hier bestehenden Kohlenverein der Industriellen verwechselt zu werden, seinen Namen umgeändert und schreibt sich jetzt: Allgemeiner Kohlenverein Karlsruhe. Derleihe beruht auf Mittwoch den 21. d. M. abends halb 9 Uhr eine öffentliche Versammlung zur Aufklärung der Konventionen in der Südbahn über die Bestimmungen des Vereins nach dem „Hilberhof“, Angartensstraße Nr. 29, ein. Da die amtliche Bekanntmachung Nr. 30800, den Hausierhandel mit Kohlen betreffend, den Konventionen nur eines bedingten Schutzes gegen die Handlungswelt unretter Kohlenhändler bietet und der Stadtrat in seiner Sitzung vom 1. April d. J. die Konventionen hauptsächlich auf die Selbsthilfe hingewiesen hat, so dürfte auch zu erwarten sein, daß der Verein durch billige Sicherung durch unretter Kohlenhändler schütz. — Am Samstag den 24. d. M. findet noch eine weitere Versammlung des Allgemeinen Kohlenvereins Karlsruhe in Mühlburg, Meisenstraße, Lokal zur „Stadt Karlsruhe“, statt.

Vermischte Nachrichten.

Hd. Galberstadt, 19. April. Ein schwerer Unfall wurde heute morgen auf dem Gute Lichtergraben bei Halberstadt erlitten. Dort starben infolge Kohlenvergiftung fünf Dienstmädchen im Alter von 18 bis 21 Jahren. Sie wurden tot in dem gemeinsamen Schlafzimmer aufgefunden. Wie die Untersuchung ergab, haben die Mädchen den Unfall durch eigene Unvorsichtigkeit herbeigeführt.

Hd. München, 19. April. Wie die „M. N. N.“ melden, hat gestern nachmittags halb 6 Uhr eine 45jährige Dame ihr 8-10jähriges Mädchen in den Waldenise geworfen und ist sodann nachgesprungen. Die beiden konnten nur als Leichen geborgen werden.

Hd. München, 19. April. Infolge unvorsichtiger Handhabens mit einer Schusswaffe verletzte ein 10jähriger Knabe gestern seine eigene Mutter durch einen Schuß in den Inneren. Er selbst wurde leicht verletzt.

Telegramme und neueste Nachrichten.

Hd. Berlin, 20. April. Reichspräsident Fürst Bülows ist mit seiner Gemahlin gestern nachmittag halb 7 Uhr aus Weneby auf dem Bahndorf Bahnhofe eingetroffen.

— In Wien war heute das Gericht verberiet. Kaiser Wilhelm habe sich durch eine in den Reichstag eingebrachte Billigkeit eine schwere Verletzung der Reichsgesetzgebung zugezogen. Im Ministerium des königlichen Hauses und im Reichspräsidentenamt wurde die Erklärung abgegeben, daß hier keinerlei Nachricht von einer Entkräftung Kaiser Wilhelms eingetroffen sei.

Hd. Frankfurt a. M., 19. April. Der deutsche Kronprinz hat zur Erinnerung an seinen diesjährigen Besuch in Frankfurt a. M. dem Intendanten des Schützenparks Emil Claar sein photographisches Porträt überreichen lassen.

Hd. Mailand, 19. April. Nach einer Meldung der „Berliner Zeitung“ steht Reichspräsident Fürst Bülows im Begriff, ein großes, an seine Villa in Rom angrenzendes Terrain und einen Säulenkomplex anzukaufen, um sein Grundstück zu vergrößern.

Hd. Bukarest, 19. April. Heute nachmittags 2 Uhr passierte der Zug mit dem deutschen Kronprinzen die rumänische Grenze. Auf der Station Titu wurde der Kronprinz von den Offizieren des Ehrenregiments, dem General Barthelemy, Oberst Baranga, Major Streinestiu, von einem Delegierten des Ministeriums des Innern, dem deutschen Landboten von Kiderlen-Wächter und dem deutschen Militär-Attache Hauptmann Wafford begrüßt. In der Stadt herrscht ein festliches Treiben und in den Straßen, die mit deutschen und rumänischen Fahnen geschmückt sind, wagt eine große Menschenmenge. Nach Anfrucht des Kronprinzen wird ein Dejeuner beim Kronprinzenpaar im Schloß Cotroceni stattfinden.

Zur Seligsprechung der Jungfrau von Orleans. Hd. Orleans, 19. April. Die Kaufmannschaft beschloß mit 1939 gegen 317 Stimmen, die Feier der Seligsprechung der Jungfrau von Orleans unter Ausschluss der Freimaurer zu begehen.

Italien. Hd. Wien, 20. April. Der italienische Minister des Innern, Tittoni, wird noch einige Zeit im Amt bleiben und dann mit dem Ministerpräsidenten Giolitti zurücktreten, um nicht wieder in die Consulta zurückzuführen. Giolitti's Nachfolger soll der frühere Ministerpräsident Fortis werden, während die Größkraft Tittonis von dem Marquis di San Giuliano, der diesen Posten bereits früher bekleidet hat, und gegenwärtig Vorkosten in London ist, übernommen wird.

Revolution in der Türkei.

Hd. Saloniki, 20. April. Gestern nachmittags 3 Uhr begann der Marsch der Komitee-Truppen auf die Hauptstadt.

Hd. Konstantinopel, 20. April. Die Komitee-Truppen verlangen von der Regierung eine

heilige Urkunde des Scheichs ul Islam für die Abdankung des Sultans. Die Komitee-Armee erhielt aus Saloniki den Befehl, in die Hauptstadt heute früh einzubringen. Das Parlament wird wahrscheinlich nach San Stefano überföhren.

Abdankung des Sultans? Hd. Wien, 20. April. Der Sultan hat den Entschluß gefaßt, abzutreten. Sein Nachfolger ist sein jüngerer Bruder Reshad, in dessen Gegenwart im Bildiz die Abdankungs-Urkunde ausgearbeitet wird.

Hd. Wien, 20. April. Alle vorliegenden Nachrichten bestätigen, daß die Jungfrauen die Abreise haben, den Sultan abzutreten und daß sie keinen Hehl aus dieser Absicht machen. Der Sultan dürfte jedoch noch vor der Befreiung Konstantinopels durch die jungtürkischen Truppen abdanken, da er und die Regierung dahin verständigt wurden, daß die Entföhrung des Sultans gewaltam erfolgen werde, wenn er nicht freiwillig zurücktrete.

Hd. Wien, 20. April. Die „Neue Freie Presse“ fällt ihre Meldung von der Thron-Entföhrung des Sultans zu gunsten des jüngeren Bruders aufrecht. Eine offizielle Bestätigung dieser Nachricht liegt bis jetzt noch nicht vor.

Hd. Konstantinopel, 20. April. Major Naji Bey richtete an den Thronfolger Reshad Effendi einen Brief, worin er ihn ersucht, sich zur Thronbesteigung bereit zu halten. Die Dienerschaft im Bildiz ist teilweise entflohen. Die Sultans-Nacht liegt vor Dolma Baghdsche unter Dampf und ist zur sofortigen Abfahrt bereit. Der Großvezier, der Scheich ul Islam, der Minister des Innern, der Marine und des Krieges beraten über die Form der Abdankung des Sultans. Es verlautet, daß der Sultan bereit sei, nummehr freiwillig abzutreten, da ansehnlich alle Truppen vor ihm abgezogen sind. Griechische Extrablätter verkünden bereits die Abdankung des Sultans.

Konstantinopel, 19. April. Hier wird eine Proklamation vorbereitet, welche sich auf den Versuch Abdul Hamids auf den Thron und auf den Uebergang der Thronfolge an Reshad Effendi beziehen soll.

Konstantinopel, 19. April. Die „Ag. Sabas“ gibt unter Vorbehalt die Meldung wieder, daß das jungtürkische Komitee dem Sultan eine Frist bis 1 Uhr nachts gegeben habe, um abzutreten. Der russische Botschafter führe die Verhandlungen. Der von Athen eingetroffene russische Kreuzer „Terese“ liegt während der Nacht am Bosphorus bereit, um eventuell den Sultan fortzubringen.

Berlin. Hd. Petersburg, 19. April. Der englische Botschafter hatte gestern nachmittags eine längere Unterredung mit dem russischen Minister des Aeußeren und Reichsinn. Man glaubt, daß England und Rußland im Begriffe sind, eine letzte Ermahnung an den Schah von Persien zu erlassen und falls diese nicht fruchtbar sollte, gemeinschaftlich vorzugehen.

Handel und Verkehr.

Mannheim, 19. April. (Effekten-Märkte). An der heutigen Börse vollzogen sich größere Umsätze in Mannheimer Lagerhaus-Aktien zu 110 Proz. Ferner notierten höher: Süddeutsche Drahtindustrie-Aktien 102.50 C. und Brauerei Sinner Grünwinkel 245 C. Ostbayerische Aktien zu 88 Proz. am Markt. Ueberrascht ohne besondere Veränderungen.

Frankfurt a. M., 19. April. (Schlußkurse 1 Uhr 45 Min.) Wechsel Amsterdam 169.32, Mail. 80.75, London 20.435, Paris 81.265, Wien 85.25, Brüssel 27.75, 3/4, 3/8, 1/2, 1/4, Reichsanleihe 96.40, 3/4, Deutsche Reichsanleihe 86.85, 3/4, Preussische Konsole 96.20, Österreichische Goldrente 99.50, Österreichische Silberrente 90.60, 3/4, Portug. I 59.50, Badische Rent 132.20, Deutsche Bank 240.80, Oester. Länder 110.80, Rhein. Kredit 138.50, Rhein. Hypothekent. 200.—, Ottoman 140.—, 3/4, Baden anhalt. 96.60, 3/4, Baden in Markt 85.80, 3/4, do. 1900 95.70, 3/4, do. 1898 —.—, Bad. Bodenrente 140.90, Schindler 121.75, Maschinenfabrik Oerter 203.—, Korkbrenner Maschinenfabrik 139.—, Hamburg-Amerika 117.20, Norddeutscher Lloyd 86.80.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorol. und Hydrog. vom 20. April 1909.

Von einem über Skandinavien und Finland lagernden Maximum aus verläuft heute eine kühle Zone hohen Druckes über Ostdeutschland und Oesterreich hinweg bis zu einem zweiten, das über Süd- und Südwesteuropa ausgebreitet ist und einen Kern über der Schweiz erkennen läßt. Derselbe ist über Polen und westlich von Skandinavien erstreckt; letztere hat einen Ausläufer über die südbliche Nordsee hinweg bis nach West- und Südwestdeutschland herein entendet. Hier ist infolge dessen Regenwetter eingetreten; auch in Ostdeutschland ist es trüb, in den übrigen Teilen des Reiches dagegen meist heiter. Die Temperaturen sind nur im Ostgebirge etwas zurückgegangen. Da das Barometer rasch steigt, so wird sich voraussichtlich der hohe Druck von Südwesten weiter ausbreiten; es ist deshalb veränderliches und etwas wärmeres Wetter ohne erhebliche Niederschläge zu erwarten.

Bahnhof des Rheins am 20. April 1909 (Fah: Schienenkilometer 2.20, gestiegen 10. April 2.51, gestiegen 8. April 4.40, Stillstand. Rheinbahn 3.53, gestiegen 2.

Tages-Kalender.

Dienstag den 20. April. Kathol. Männerverein der Südbahn. Halb 9 Uhr Vereinsversammlung mit Vortrag in der Volkshaus, hinteres Lokal. „Fidelitas“, Verein katholischer Kaufleute und Beamten, 9 Uhr Vereinsabend. Apollotheater. 8 Uhr Varietevorstellung. Kolosseum. 8 Uhr Vorstellung.

C. M. S.

Karlsruhe eccles. St. Vinc. feria IV. die 21. Apr. hora 2 confessio; hora 4 congregati.

Groß. Hoftheater.

Dienstag, 20. April. Abt. C. 62 Abends-Vorstellung. Die Antike, Schauspiel in 4 Akten von Willdenbrock. Anfang 7 Uhr, Ende 9 1/2 Uhr.

Alles ist verrückt und steht nicht mehr an seinem gewohnten Platz. Das macht der Gauspuz, und der muß in jeder ordentlichen Haushaltung vorgenommen werden. Am schnellsten und gründlichsten geschieht das Reinmachen mit dem bekannten Luchs-Wasch-Extrakt, welcher eine milde und sparsame Abseifung abgibt, so wie sie jede Hausfrau gerne hat. Lassen Sie bitte ausdrücklich fordern Luchs mit Woband, denn es existieren minderwertige Nachahmungen, die, weil billiger, gewissenlose Händler gerne als echt unterbringen möchten.



Grossherzogliches Hoftheater Karlsruhe. Mittwoch, den 21. April 1909, 7 1/2 Uhr abends: Grosses Konzert des Grossherzoglichen Hoforchesters. Dirigent: Dr. Georg Göhler. Programm: I. und IX. Sinfonie von Beethoven.

Wohltätigkeits-Aufführung im Josephshaus - Winterstraße 29 am Sonntag, den 25. April, abends 8 Uhr. I. Platz 80 Pf., II. Platz 50 Pf. Karten im Vorverkauf bei Herrn Mesner Rapp und bei den Mitgliedern des Frauen-Vereins.

Achtung! Allgemeiner Achtung! Kohlen-Berein Karlsruhe. Am Mittwoch, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im Hilderhof (Hugartenstraße): Öffentliche Versammlung. Tages-Ordnung: Die Vorteile des Kohlenvereins durch direkten Bezug der Kohle von den Konsumenten.

Für die heil. Firmung empfiehlt der hochw. Geistliche Verzeichnis der Firmung. Firmungs-Andenken, enthaltend die Gebete vor, während und nach der heiligen Firmung, mit gedrucktem Namen des Bischofs, der Pfarrei und des Pfarrers, Angabe des Firmungstages und der Kirche, worin gefirmt wird. 100 Stück M. 2.50, ohne Einband M. 1.50.

Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe. Heimzahlung städtischer Schuldverschreibungen.

Nr. B. 2591. Bei der heute vorgenommenen Verlosung wurden folgende Schuldverschreibungen gezogen: 1. Vom 3% Anlehen von 1886, heimzahlbar auf 1. November 1909: Lit. A zu 2000 Mark: Nr. 80 83 98 105 120 171 173 192 209 217 232 296 302 334 414 422 443 475 487 638 670 696 715 845 854...

Josef Simon, Triberg (Baden), empfiehlt als Spezialität: garantiert echtes Kirschenwasser. Flasche M. 2.75. R. Köhler, Tapezier, Schützenstraße 53 II.

Frankfurter Börsenkurse vom 19. April 1909.

Table with multiple columns listing various securities, exchange rates, and market data. Includes sections for Staatspapiere, Industrie-Aktien, and various bank shares.

Table with multiple columns listing exchange rates for various locations like Amsterdam, Antwerpen, London, and Paris. Includes a section for Reichsbank-Diskonto.